

# **Rede des bayerischen Staatsministers für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen Eberhard Sinner anlässlich des europäischen Gipfels der Regionen und Gemeinden zu dem Thema " Dezentralisierung und Demokratie " am 20. Mai 2005 in Wroclaw, Polen**

Sehr geehrter Herr Präsident Straub,  
Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dutkiewiez,  
Meine Damen und Herren,

Das Thema Dezentralisierung und Demokratie ist gerade an unserem Tagungsort Wroclaw, dem früheren Breslau, in Polen besonders wichtig. Als Europaminister des Freistaates Bayern und Präsident von Regleg, der Regionen mit Gesetzgebungskompetenz, ist dies für mich ein zentraler Baustein unserer Europapolitik: Wir wollen den Ausschuss der Regionen vorstellen, wir wollen die Möglichkeiten aufzeigen, die die neuen Mitglieder in diesem Ausschuss haben, wir wollen aber auch für Subsidiarität und kommunale Selbstverwaltung in den neuen Mitgliedsländern der Europäischen Union werben.

## **Dezentralisierung und Subsidiarität sind in den neuen Mitgliedsländern von besonderer Bedeutung**

Diese Länder sind seit 1. Mai 2004 Mitglied. Vor diesem Datum musste das gesamte europäische Recht, der so genannte *acquis communautaire* mit über 80.000 Seiten in das nationale Recht umgesetzt werden. Von den nationalen Verfassungen bis hin zur Lebensmittelhygieneverordnung musste ein großer Teil des nationalen Rechtes angepasst werden. Dies war eine gigantische Leistung, fast eine Revolution. Es war aber auch ein Prozess, die von vielen Bürgern in den neuen Mitgliedstaaten als Top-Down Prozess empfunden wurde.

Europa kann aber nicht in einem permanenten Top-Down Prozess entstehen, was wir brauchen ist auch ein Bottom-up Prozess. Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union war natürlich nicht nur diese Anpassung des nationalen Rechtes, sondern in einem viel größeren Umfang die Revolution, die seit 1989 in allen neuen Mitgliedstaaten in Mittel-Osteuropa und Süd-Osteuropa stattgefunden hat. Die Bürger selbst haben in einem Bottom-up Prozess, einer friedlichen Revolution die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Europas geschaffen. An dieser Stelle möchte ich beispielhaft Lech Walesa und die Gewerkschaft Solidarnosc erwähnen. Diesen Bürgern gebührt unser Dank. Sie verkörpern die Seele und den Freiheitswillen Europas.

## **Europa ist von unten nach oben gebaut**

Mit dem Beitritt zur Europäischen Union haben sich die neuen Länder auch für einen Staatsaufbau entschieden, der von unten nach oben geht. Die Mitgliedstaaten haben die Europäische Union gegründet. Die Regionen haben vielfach die Mitgliedstaaten gegründet. Die deutsche Bundesrepublik hat nicht die deutschen Länder gegründet, sondern umgekehrt die deutschen Länder haben die Bundesrepublik gegründet. Und vor den Regionen gab es schon Städte und Gemeinden mit einer über tausendjährigen Geschichte, in denen Demokratie und Bürgerrechte verwirklicht wurden. Deshalb sind die Grundsätze der Subsidiarität in Europa wichtig, wenn Europas seiner Geschichte und seinen Werten verpflichtet sein will.

## **Europa muss bürgernah bleiben**

Es ist völlig klar, dass auf dem Weg von 1989 über den 1. Mai 2005 in die Zukunft die neuen Mitgliedstaaten viele Probleme zu lösen haben. Es handelt sich um einen ungeheuren Transformations-Prozess. Von der Diktatur und Ein-Parteien-Herrschaft zur Demokratie, von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft. Eine Transformations-Prozess in diesem Umfang und in dieser Zeit und mit diesem Erfolg hat die Welt noch nicht gesehen.

Die Herausforderungen im Umweltschutz, in der Landwirtschaft, auf dem Arbeitsmarkt bringen viele Umbrüche mit sich. Es gibt noch Anlaufschwierigkeiten und es wird noch Jahre dauern, bis die Abläufe und Spielregeln der Europäischen Union Alltag geworden sind.

Unterschiede zwischen alten und neuen Mitgliedstaaten gibt es und wird es auch in Zukunft geben. Möglicherweise steht deshalb das Thema Dezentralisierung und Subsidiarität nicht auf Platz eins der politischen Agenda. Wesentlich ist aber, dass die Menschen in Europa darauf vertrauen können, dass wir ein bürgernahes Europa schaffen.

Was bedeutet das?

## **Beschränkung auf Kernaufgaben sichert globale Handlungsfähigkeit**

Europa muss sich auf seine Kernaufgaben beschränken. Wir stehen im globalen Wettbewerb. Seit 1989 haben sich viele Staaten der Welt auf den Weg zur Marktwirtschaft und Demokratie gemacht. Sie treten immer mehr in den Vordergrund. Neben den Vereinigten Staaten werden China und Indien ihre globale Position ausbauen. Wenn Europa in gleicher Augenhöhe eine globale Rolle spielen will, dann brauchen wir ein Europa mit einer Stimme, wenn es um Außenpolitik und Welthandel geht, dann brauchen wir ein Europa mit einer Währung wie den Euro, wenn es um die gleiche Augenhöhe mit dem Dollar geht, dann brauchen wir ein Europa immer engerer Zusammenarbeit, wenn es um die gleiche Augenhöhe bei der äußeren Sicherheit oder die Bekämpfung des internationalen Terrorismus geht. Wir brauchen ein Europa, das in seinen Strukturen handlungsfähig ist und sich nicht in lähmenden Abstimmungsprozessen mit einer Zuschauerrolle zufrieden gibt, während andere auf der Weltbühne handeln. Globale Herausforderungen verlangen auch die Abgabe nationaler Souveränität.

## **Devolution und dezentrale Lösungen für Bürgernähe und Transparenz**

Europa muss aber auch den Prozess der Subsidiarität und Devolution fortsetzen. Nicht jedes Problem, das in Europa entsteht, muss durch Europa gelöst werden. Wir brauchen um ein Bild zu verwenden mehr Kreisverkehr und weniger Verkehrsampeln. Nicht Verkehrsampeln, die zentral von Brüssel auf Rot Gelb und Grün geschaltet werden können, verhindern, dass Europa im Stau steht, sondern nur dezentrale Lösungen, die flexibles Handeln von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ermöglichen.

Es ist richtig, dass die irische und die niederländische Präsidentschaft einem Prozess der Deregulierung angestoßen haben. Es ist gut, dass die Barroso-Kommission die Deregulierung als wesentlichen Baustein des Lissabon-Prozesses betrachtet und einen Abbau von nahezu 30 Prozent des europäischen Regelwerkes anstrebt. Es ist aber besser, den Aufbau neuer Regulierungsmechanismen von vornherein zu beschränken. Die Entscheidungsprozesse der Europäischen Union müssen transparenter und für die Bürger nachvollziehbar werden. Am einfachsten gelingt das, wenn Bürgermeister, regionale Regierungen, regionale Parlamente und nationale Parlamente in die europäische Politik einbezogen werden. Damit wird Bürgernähe und Problemnähe hergestellt.

## **Ja zum europäischen Verfassungsvertrag**

Der europäische Verfassungsvertrag, der in allen Mitgliedsstaaten ratifiziert werden muss, gibt dazu zahlreiche positive Signale. Deshalb sollten wir als Ausschuss der Regionen leidenschaftlich für die Annahme dieses Verfassungsvertrages kämpfen!

- die lokalen Gebietskörperschaften werden in diesem Vertrag erstmals als Ansprechpartner der Europäischen Union genannt

- der Ausschuss der Regionen bekommt ein Klagerecht zum Europäischen Gerichtshof, um Subsidiaritätsverletzungen zu rügen.

- die nationalen Parlamente - in Deutschland Bundestag und Bundesrat - haben die Möglichkeit das Frühwarnsystem zu nutzen, um Subsidiarität und Bürgernähe einzufordern.

- die nationalen Parlamente haben ein Klagerechts vor dem Europäischen Gerichtshof, um Subsidiarität und Bürgernähe durchzusetzen

- die Gesetzesfolgenabschätzung ist ein Auftrag des Verfassungsvertrages an die Kommission. Dieser kann von den nationalen Parlamenten kontrolliert werden und -ich füge hinzu- sollte auch von den regionalen Parlamenten kontrolliert werden.

Wir müssen die europäische Debatte in die nationalen und regionalen Parlamente und Medien herunterbrechen. Wir haben im bayerischen Landtag dazu einen Anfang gemacht und eine Anhörung der Dienstleistungs-Richtlinie durchgeführt, an der auch die betroffenen Bürger beteiligt waren. Wir wissen, dass Europa bürgernäher und bürgerfreundlicher werden muss und wir wissen auch, wie das geht. Der Regionen Städte und Gemeinden wollen und werden eine neue Rolle beim Aufbau der Europäischen Union spielen.

### **Verfassungsvertrag muss national umgesetzt werden**

Dazu müssen die Mitgliedstaaten, die Regionen und Kommunen auch selbst notwendige Voraussetzung schaffen. Die Mitgliedstaaten müssen den Regionen und Kommunen die Möglichkeit geben, an europäischen Entscheidungen mitzuwirken.

- in Österreich haben Länder und Kommunen sich mit der Bundesregierung geeinigt, den Ländern am Tisch des EU-Ministerrates Mitsprache zu geben. Die österreichischen Länder sind aber auch verpflichtet, sich am EU-Beitrag Österreichs zu beteiligen.

- in Deutschland regelt die Verfassung in Art. 23 des Grundgesetzes die Beteiligung der Länder am europäischen Rechtsetzungsprozess

- in Großbritannien wurde im Prozess der Devolution in Schottland ein eigenes Parlament mit weit reichenden Rechten im vergangenen Jahr durch Queen Elizabeth II. als Highlight der Demokratie gefeiert.

- in Deutschland tagt eine Föderalismuskommission, um die Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern zu entflechten und eine klare Abgrenzung der Kompetenzen durchzusetzen. Zum Beispiel soll Bildung, Schulen und Universitäten, in Zukunft ausschließliche Aufgabe der Länder sein.

### **Wettbewerb macht Europa fit**

Die Globalisierung verschärft den Wettbewerb innerhalb und außerhalb der Europäischen Union. Europa als ganzes, Mitgliedstaaten, Regionen und Kommunen stehen im Wettbewerb. Kapital ist mobil. Standorte sind austauschbar. In einem vereinten Europa müssen die Regionen und Städte gezielt ihre Stärken ausbauen und sich international positionieren. Nur dann sind sie langfristig erfolgreich.

Marktwirtschaft und Subsidiarität sind Zwillinge. In der Vielfalt der Unternehmen, der Regionen und der Städte liegt die Chance für Innovation durch Wettbewerb, die Chance für

ein kreatives Milieu, in dem sich immer wieder bessere Lösungen entwickeln und am Markt durchsetzen. „Benchmarking, Best practice and learning from the better or the best“ sind Methoden, die uns europäisch und global wettbewerbsfähig machen. In diesem europäischen Verbund sind Regionen und Städte fit für die globale Liga.

## **Regionale und europäische Netzwerke von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft stärken**

Gerade hier in Breslau/Wroclaw möchte ich deshalb deutlich machen: die Zukunftssicherung einer Region und der Menschen, die in dieser Region leben, erfolgt nicht die Brüssel und auch nicht in Warschau allein. Die Verantwortung für die Zukunft liegt in der Region selbst. Es ist nicht der Staat, der Bürgerbeteiligung schafft. Es ist nicht der Staat, der Wirtschaftswachstum erzeugt. Es ist nicht der Staat, der Arbeitsplätze zur Verfügung stellt. Es sind ganz wesentlich die lokalen Entscheidungsträger und die lokalen Unternehmer. Wir leben in einem Netzwerk mit vielen Knoten. Jeder Knoten ist wichtig für dieses Netzwerk. Jeder Knoten hat ein unglaubliches Entwicklungspotenzial. Ein Knoten allein kann jedoch nichts bewirken, er braucht das Netzwerk. Jede Region braucht das interne Netzwerk der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Kultur und der Politik. Damit werden die notwendigen Strukturen geschaffen, um Zukunftschancen zu sichern.

Die Region nach außen braucht aber das Netzwerk Europas, um global handlungsfähig zu sein. Die Mittel aus europäischen Fonds alleine sind noch keine Garantie für Prosperität. Ohne die richtige Rahmenbedingungen bewirkt auch viel Geld nur wenig. Netzwerke sind durch ihre Knoten und die Verbindungen dynamisch und flexibel. Damit sind wir bestens gerüstet für eine globale Strategie des Überlebens und des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts.

## **Zukunftsmodell Europa**

Das europäische Motto "Einheit in der Vielfalt" ist besser geeignet als andere Entwürfe. Wir haben gestern Abend einen wunderbaren Empfang erlebt. Es gab nicht fast Food, sondern ein europäisches Menü, aber auch ein polnisches Menü. Der Empfang fand in einem einzigartigen Saal statt. Europa war zu Gast in Breslau/Wroclaw. Jede Region und jede Stadt hat ihre Einzigartigkeit. Oberbürgermeister Dutkiewicz hat gestern Maßstäbe gesetzt, an denen sich viele orientieren können. Das ist der Wettbewerb, der uns nach innen und außen stärker macht. Das ist der Wettbewerb, der nur durch Subsidiarität möglich ist. Jede Region hat Stärken und Besonderheiten, die einzigartig sind. Zentralismus wäre die Coca-Colarisierung Europas. Das wäre das Gegenteil von dem, was wir gestern Abend erlebt haben. Das europäische Menü bedeutet Vielfalt. Ein Amerikaner wie Jeremy Rifkin hat in seinem Buch "The European Dream" Europa als überlegenes Zukunftsmodell beschrieben. Arbeiten wir alle zusammen, dass der europäische Traum Wirklichkeit wird. Denken wir alle daran, dass "more power for the Regions" die Grundlage dieser europäischen Wirklichkeit ist!